

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 39/39  
Telex: 8 99 846 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel  
zum 10. Todestag von  
Ludwig Linsert: Gegen  
das Vergessen,

Seite 1

Edelgart Bulmahn MdB  
bewertet die Bonner  
Weltraumpläne:  
Kurskorrektur unum-  
gänglich. (Teil II)

Seite 2

46. Jahrgang / 140

25. Juli 1991

### Gegen das Vergessen

Zum 10. Todestag von Ludwig Linsert

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

"Das deutsche Volk muß, ob es will oder nicht, seine Geschichte aufarbeiten. Die Arbeitsgemeinschaften müssen ihre Erfahrungen, Leiden und Opfer, und sei es durch einfache Erlebnisschilderungen, vor allem der jungen Generation vermitteln, bis das Wissen um diese dunkle Periode deutscher Geschichte Bestand hat und in eine wachsame, kämpferische, freiheltliche, sozial und demokratische Haltung und Gesinnung umgesetzt wird." So beschrieb Ludwig Linsert selbst die Motive, die ihn bewogen haben, die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten wiederzubeleben und als deren Vorsitzender von 1979 bis zu seinem Tod am 29. Juli 1981 gegen die Tendenz zum Vergessen und Verdrängen in unserer Gesellschaft anzugehen.

1907 in München geboren, erlernte er das Schlosserhandwerk und wurde mit 14 Jahren Mitglied des deutschen Metallarbeiterverbandes. Seitdem arbeitete er in der Gewerkschaftsbewegung.

Ludwig Linsert verkörperte den Widerstand der Sozialdemokratie gegen die nationalsozialistische Diktatur. Mit politischen Freunden des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes wirkte er in einer Widerstandsgruppe in München, die trotz der Verfolgung durch die Gestapo bis 1938 aktiv war. Wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" wurde Ludwig Linsert zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurteilt, kam 1943 in das Strafbataillon 999 und geriet 13 Monate später in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er seit 1947 zurückkam.

Dieses ihm von einer zutiefst inhumanen Politik auferlegte Schicksal hat Ludwig Linsert gezeichnet, aber nicht gebrochen. Mit großem Engagement widmete er sich dem Aufbau des neu entstehenden, demokratischen Deutschlands. Ab Frühjahr 1949 war er zunächst Vorstandssekretär des DGB, dann Vorsitzender des DGB-Kreises München. 1953 wurde er geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DGB-Landesbezirks Bayern. Von 1958 bis 1969 war er bayerischer DGB-Landesvorsitzender und Mitglied des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses. Während dieser Zeit war er auch Mitglied des Bayerischen Senats, zwei Jahre lang als Vizepräsident.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Für mehr Ökologie  
mit vermehrt recycling  
Recycling-Papier



Vor wenigen Wochen haben wir zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion erneut an unsere Verpflichtung erinnert, alles zu tun, damit sich die Schrecken der Vergangenheit nie wiederholen. Aus dieser Verpflichtung heraus hat auch Ludwig Linser gelebt. Dabei galt auch für ihn die Erkenntnis Ferdinand Lassalles: "Alle politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit." Das gilt auch für unsere Vergangenheit. Sie kann nur dann zum Fundament für eine zukunftsgerichtete Politik werden, wenn wir sagen, was gewesen ist, wenn wir, wie Ludwig Linser, dem Vergessen, dem Verschweigen und dem Verdrängen widerstehen.

(-/25. Juli 1991/st/fr)

\*\*\*\*\*

### **Kurskorrektur in der Raumfahrtspolitik unumgänglich (Teil II)**

**Bonner Weltraumpläne endgültig gescheitert**

**Von Edelgard Bulmahn MdB**

**Stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Auf welcher unsicherer Basis sich die Kostenschätzungen für den Betrieb der Raumstation bewegen, zeigen die widersprüchlichen Angaben zur Lebensdauer der einzelnen Module. Wenn die Bundesregierung ausführt, daß "die Internationale Raumstation auf eine Nutzungszeit von 30 Jahren ausgelegt" ist und "die Lebensdauer der einzelnen Laboreinheiten diesem Zweck entspricht", so steht dies in völligem Widerspruch zu den Aussagen in einem internen Arbeitspapier der DLR von Nov. 1990. Dort heißt es nämlich: "Nach derzeitiger Planung ist die Lebensdauer der einzelnen Module allerdings auf 10 Jahre begrenzt. Nach Ablauf dieser Zeit sollen sie komplett ausgetauscht werden." Derartig gegensätzliche Aussagen können nicht nebeneinander Bestand haben. Hier muß die Bundesregierung für Klarheit sorgen und die Karten offen auf den Tisch packen.

#### **Finanzierungsprobleme bleiben ungeklärt**

Wo die Bundesregierung die erforderlichen Mittel für die Weltraumprogramme hernehmen will, bleibt schleierhaft. Bereits jetzt hat sie sich mit der Finanzierung der Weltraumprojekte hoffnungslos übernommen. Die eingeplanten Haushaltsmittel decken die entstehenden Kosten nicht mehr ab. So sah sich die ESA im vergangenen Jahr gezwungen, einen Kredit aufzunehmen, um die Weiterentwicklung der Ariane sicherzustellen. Da die für die Phase I von Hermes bewilligten Mittel bereits in der ersten Hälfte des laufenden Jahres ausgegangen waren, griff das BMFT zu einer Notlösung, die den haushaltsrechtlichen Bestimmungen nur schwer Rechnung trägt. Es läßt sich 100 Mio. DM von MBB vorfinanzieren, um dann im nächsten Jahr zu zahlen.

Die Finanzierung der Weltraumprojekte bleibt auch weiter ungeklärt. Die zuversichtliche Auskunft "die BMFT-Anforderungen an den Haushalt 1992 und die Mittelfristplanung bis 1995 orientieren sich am aktualisierten Leitmodell" und insofern bestehe auch keine Lücke mehr zwischen eingeplanten und notwendigen Haushaltsmitteln ist inzwischen schon wieder Schnee von gestern. Das Kabinett lehnte eine entsprechende Erhöhung der Finanzmittel für die Raumfahrt schlichtweg ab. Statt der im Aktualisierten Leitmodell vorgesehenen 1,92 Mrd. sieht der Haushaltsansatz nur 1,73 Mrd. DM vor. Einschließlich der bereits im Vorgriff ausgegebenen Mittel für Hermes weist der Haushalt damit im kommenden Jahr für die Weltraumfahrt ein Fehl von 300 Mio. DM aus.

Wie die Daten der mittelfristigen Finanzplanung zeigen, bleibt dies keine Ausnahme. Auch in den kommenden Jahren ergeben sich jährliche Defizite zwischen 530 und 910 Mio. DM. Selbst

wenn man die völlig unrealistischen Annahmen des Aktualisierten Leitmodells zugrundelegt, beläuft sich das rechnerische Defizit bis zur Jahrtausendwende auf 6 Mrd. DM. Moderate Preissteigerungsraten von 5-10% gegenüber den Kostenschätzungen ließen das Defizit auf 8,7 bzw. 16,1 Mrd. DM anschwellen. Planungen vorzulegen, die mehr Mittel erfordern, als im Haushalt vorgesehen oder zu beschaffen sind, ist unglaublich. Maßstab für eine solide Planung können nur die tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel sein. Das "Aktualisierte Leitmodell" ist mithin schlichtweg unseriös. Es ist nicht zu realisieren und damit das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht.

#### **Lobbyismus statt sorgfältiger Bedarfprüfung**

Mit Ihrer Antwort unterstreicht die Bundesregierung, daß sie die Weltraumplanungen ohne die gebotene sorgfältige Prüfung der wissenschaftlichen und ökonomischen Notwendigkeit getroffen hat. Sie stützt sich in ihrem Urteil ausschließlich auf die Aussagen der Weltraumlobby aus Industrie und Wissenschaft. Die Bundesregierung verfügt über keinerlei quantifizierende Entscheidungsgrundlagen. Wie sie selbst einräumen muß, wurden "Studien und Untersuchungen zum Vergleich von bemannter/unbemannter Raumfahrt im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse" nicht vergeben. Gefragt nach Studien, die sie zur Ermittlung des forschungs- und industriepolitischen Bedarfs in Auftrag gegeben hat, muß die Bundesregierung wiederum passen. Sie führt zwar eine Reihe von Studien an, nur mit der Fragestellung hat keine etwas zu tun. Die Bundesregierung hat schlichtweg den Bedarf nicht erhoben, sondern die Großprojekte in Angriff genommen, ohne zu wissen, wozu und wie sie denn genutzt werden sollen, ohne zu prüfen, ob alternative, nicht raumfahrtgebundene Strategien nicht erfolversprechender sind.

Der Bundesregierung ist an der Erzielung eines langfristig angelegten Grundkonsenses über Ziele, Schwerpunkte und Umfang der Weltraumpolitik ebenso wenig gelegen wie an einem sachbezogenen, offenen technologiepolitischen Dialog über die künftige Weltraumpolitik. Angesichts der Beratungen innerhalb der Bundesregierung und in den ausschließlich mit Vertretern der industriell-wissenschaftlichen Weltraumlobby besetzten fachorientierten Beraterkreisen besteht "keine Notwendigkeit durch weitere Maßnahmen auf den Diskussionsprozeß Einfluß zu nehmen." Bei einer derartig großzügigen Gleichsetzung von Dialog mit Einflußnahme wundert dann auch nicht mehr, daß sie eine wissenschaftliche Bewertung der bisherigen Weltraumentscheidungen und einzelner Programmschwerpunkte strikt ablehnt. Gremien wie der Wissenschaftsrat, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft seien nicht in der Lage, wichtige Aspekte der Weltraumfahrt zu beurteilen. Kompetenz sieht sie allem Anschein nach allein bei der Weltraumlobby in Industrie und Wissenschaft.

#### **Vernachlässigung wichtiger Forschungsgebiete zugunsten der Raumfahrt**

Nicht Stellung nehmen mochte die Bundesregierung zu der Frage, ob es zutrefte, "daß das BMFT in dem Bericht des Staatssekretärausschusses Raumfahrt vom 15. Juni 1990 festhalten lassen hat, daß >eine Finanzierung steigender Raumfahrtausgaben durch Umschichtung zu Lasten anderer Forschungsbereiche wie z. B. Umwelt- und Vorsorgeforschungen, Informationstechnik und Schlüsseltechnologien, KMU-Förderung etc. forschungspolitisch nicht mehr vertretbar<" sei. In Abrede stellen läßt sich diese Tatsache jedoch genauso wenig wie eine Weisung des Bundesforschungsministers vom Sommer 1988, derzufolge die geplanten Weltraumexperimente "in die Fachprogramme unter Inanspruchnahme der dort vorgesehenen Haushaltsmittel" übernommen werden sollten.

Die Aussage, "der BMFT hat immer Wert darauf gelegt, daß andere prioritäre Forschungsbereiche durch die Ausgaben für Weltraumforschung nicht beeinträchtigt werden," ist bloße Schaumschlägerei. Von 1982 bis 1992 stiegen die ausgegebenen bzw. geplanten Mittel für die Weltraumfahrt einschl. der Mittel für Sängler um 161,7%, von 695,7 Mio. DM auf 1,82 Mrd. DM., kletterte der Anteil der Raumfahrtausgaben am BMFT-Haushalt von 10,1% auf 19,7%. Von 6,2 Mrd. DM, die der Forschungsminister von 1983 bis 1992 zusätzlich für Forschung über das Ni-

veau von 1982 ausgegeben will, entfallen 4,6 Mrd. DM, also 74,8% auf Raumfahrtausgaben.

In welchem Umfang die Ausweitung der Weltraumausgaben eine Vernachlässigung anderer, wesentlich wichtigerer Forschungsfelder zur Folge gehabt hat, macht ein kurzer Vergleich deutlich. Gemessen an den jeweiligen Aufwendungen für die Raumfahrt, sanken die Förderung der erneuerbaren Energien von 1982 bis 1992 um 69,1%, diejenige der Gesundheitsforschung um 23,1%, diejenige der Verbesserung der Arbeitsbedingungen um 67,8%, diejenige der Umweltforschung um 5,9%, diejenige der Materialforschung um 19,2%, diejenige der Informatik um 30%. Mittlerweile gibt der Forschungsminister zweimal so viel für die Raumfahrt aus wie für die Informationstechnologien, dreieinhalb mal so viel für die Materialforschung oder zehn mal so viel wie für die Bewältigung der Verkehrsprobleme auf der Erde. Die Spaziergänge deutscher Astronauten sind ihm im kommenden Jahr dreimal soviel wert wie die Umweltforschung, vierinhalbmal so viel wie die Gesundheitsforschung oder 20 mal soviel wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Angesichts dieser Zahlen davon zu sprechen, daß es "bisher gelungen ist," eine Beeinträchtigung anderer prioritärer Forschungsbereiche durch die Raumfahrt zu vermeiden, ist schon starker Toback.

#### **Fehlendes Nutzungskonzept und mangelnde Nachfrage**

Nach wie vor sieht sich die Bundesregierung außerstande, ein klares Nutzungskonzept für die Weltraumstation vorzulegen. Nichtssagend spricht sie von "anspruchsvollen Aufgaben" und davon, daß sie bestrebt sei, "für die Erschließung dieses Nutzungspotentials überzeugende Voraussetzungen zu schaffen." Worin und wo dieses Potential allerdings besteht, darüber schweigt sie sich aus. Als die ESA bei 850 Unternehmen in Europa nachfragte, inwieweit sie ein längerfristiges Interesse an Experimenten im Weltraum hätten, zeigten sich gerade 27 Unternehmen interessiert. "Angesichts der noch sehr lückenhaften wissenschaftlichen Datenbasis" werde sich - so die Bundesregierung - die Nutzungsnachfrage "zunächst noch auf Fragestellungen der Grundlagenforschung konzentrieren." Doch auch die Grundlagenforschung wird die Labore im All nicht ausfüllen können. Nach Berechnungen der DLR wären bei voller Auslastung des festangedockten und des freiliegenden Labors in Europa zur gleichen Zeit rund 1200 Wissenschaftlerteams damit beschäftigt die Experimente im All vorzubereiten, zu überwachen und auszuwerten. Sie kommt deshalb zu dem Ergebnis, daß es "zweifelhaft (ist), ob die in Europa vorhandene wissenschaftliche Basis ausreicht, zwei Labors (...) auszulasten."

Noch fragwürdiger wird das überdimensionierte Raumstationsprojekt durch die Tatsache, daß die Randbedingungen für die Durchführung von Experimenten im All den Anforderungen von Wissenschaft und Forschung nicht Rechnung tragen. Wenn die Bundesregierung mit der Bemerkung, daß der "Forschungsbetrieb in einer Raumstation mit seinem jederzeit möglichen Zugriff und längeren, mit den Forschungsmöglichkeiten in erdgebundenen Laboratorien vergleichbaren Versuchsserien das Experimentieren unter Weltraumbedingungen auf eine neue Grundlage stellt," den Eindruck zu erwecken versucht, auf dem Boden und im All herrschten nunmehr vergleichbare Forschungsmöglichkeiten, so ist dies eine schlichte Verdrehung der tatsächlichen Gegebenheiten. Bei dem festangedockten Labor ist nur alle 90 Tage und beim freiliegenden Labor nur alle 180 Tage eine Rückführung von Proben vorgesehen. Noch problematischer ist die Austauschrate für Nutzlasten und für das entsprechende Untersuchungsequipment. Die DLR geht hier von einer mittleren Verweildauer von fünf Jahren aus. Zusammenfassend hält sie im Hinblick auf beide Laborelemente fest, "daß die gegenwärtig absehbaren langen Zugriffszeiten für Experimentatoren (Akkommodation eines Experiments, Probenrückläufe, Experimentmodifikation oder -austausch) einen vernünftigen wissenschaftlichen Arbeitsablauf nicht angemessen sind."

(Den dritten Teil veröffentlichen wir in unserer nächsten Ausgabe)

(-/25. Juli 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*